

Sturmlauf gegen Windkraftausbau

Freie Wähler wollen Zuwachs für erneuerbare Energien im Landtag ausbremsen

Wilfried Neiß

...

Ein zweiter Vorstoß der Freien Wähler betrifft die Stärkung der Rechte von Abgeordneten in Kommunalvertretungen. Laut Pèter Vida leidet die Demokratie darunter, dass die Kommunalaufsicht selbst bei offenkundigen Rechtsbrüchen nicht tätig wird - und das mit der Begründung, ein öffentliches Interesse sei nicht verletzt, sondern lediglich das individuelle Recht eines Abgeordneten. Vida zufolge heißt das, dass ehrenamtlich tätige Gemeinde- oder Kreisabgeordnete einem Block von Hauptverwaltungsbeamten ausgeliefert seien. Hier müsse ein Runderlass des Innenministeriums Abhilfe schaffen. »Wir brauchen Vorgaben, die die Kommunalaufsicht verpflichten, bei jedem Rechtsverstoß tätig zu werden und dies nicht einem ›Ermessen‹ anheim zu stellen.« Abgeordnete seien gewählt, um den Angestellten auf die Finger zu sehen, aber in der Praxis werde genau dies ausgehöhlt. Es reiche nicht aus, dass die Aufsicht im Konfliktfall mal mit dem Bürgermeister rede und, wenn es hoch komme, eine »schwammige Stellungnahme« an Beschwerde führende Abgeordneten weiterreiche. Dass dem Abgeordneten ja der »allgemeine Klageweg« offen stehe, sei deswegen keine Lösung, weil Verwaltungsgerichte im günstigsten Fall nach drei Jahren, in der Regel aber nach fünf Jahren eine Entscheidung fällen. Damit sei die Wirksamkeit nicht mehr gegeben.

Auskunftsersuchen und selbst Einblicke in Ausschreibungsverfahren, bei denen es um Hunderttausende Euro gehe, ließen sich nicht erlangen, weil die Kommunalaufsicht die Unterstützung versage. Wenn diese kein »zahnloser Tiger« bleiben wolle, dann müsse sie sich dafür einsetzen, dass kommunale Abgeordnete zu ihrem Recht kämen, betonte Vida.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1127537.erneuerbare-energien-sturmlauf-gegen-windkraftausbau.html>